

1.2 JURISTENFAKULTÄT FACULTY OF LAW

Dekan	Professor Dr. Franz Häuser
Sitz	Burgstraße 27, 04109 Leipzig
Telefon	(0341) 97 35 100
Telefax	(0341) 97 35 299
E-Mail	simue@uni-leipzig.de
URL	www.uni-leipzig.de/~jura

1.2.1 Institute und Professuren der Fakultät *Institutes and Chairs of the Faculty*

Professuren

Chairs

Zivilrecht

Civil law

Professur für Bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht
Chair of Civil Law and Law of Civil Procedure

Professur für Bürgerliches Recht, Zivilprozeßrecht und Urheberrecht
Chair of Civil Law, Law of Civil Procedure and Copyright

Professur für Bürgerliches Recht, Arbeits- und Sozialrecht
Chair of Civil Law, Labour and Social Law

Professur für Bürgerliches Recht, Römisches Recht mit Schwerpunkt Gemeines Recht und kirchliche Rechtsgeschichte
Chair of Civil Law, Roman Law Focusing on Common Law and Church Legal History

Professur für Bürgerliches Recht, Bank- und Börsenrecht, Arbeitsrecht
Chair of Civil Law, Bank and Stock Exchange Law, Labour Law

Professur für Bürgerliches Recht, Rechtsgeschichte und Arztrecht
Chair of Civil Law, Legal History and Medical Law

Professur für Internationales Privatrecht, Bürgerliches Recht und Rechtsvergleichung
Chair of International Private Law, Civil Law and Comparative Law

Professur für Bürgerliches Recht, Deutsches und Internationales Wirtschaftsrecht
Chair of Civil Law, German and International Commercial Law

Strafrecht

Criminal Law

Professur für Strafrecht, Strafprozeßrecht und Rechtsphilosophie
Chair of Criminal Law, Law of Criminal Procedure and Philosophy of Law

Professur für Strafrecht, Strafprozeßrecht und Europäisches Strafrecht
Chair of Criminal Law, Law of Criminal Procedure and European Criminal Law

Professur für Strafrecht, Wirtschaftsstrafrecht und Jugendschutz
Chair of Criminal Law, Economic Offences Law and Protection for Youth

Professur für Strafrecht, Strafprozeßrecht, Kriminologie und Strafvollzugsrecht
Chair of Criminal Law, Law of Criminal Procedure, Criminology and Law of Prison Administration

Öffentliches Recht

Public Law

Professur für Staats- und Verwaltungsrecht, Umwelt-, Wirtschafts- und Planungsrecht
Chair of State and Administrative Law, Environmental, Commercial and Planning Law

Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Umweltrecht
Chair of Public Law, especially Environmental Law

Professur für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht
Chair of Public Law, International Law and European Law

Professur für Staats- und Verwaltungsrecht, Verfassungsgeschichte und Staatskirchenrecht
Chair of State and Administrative Law, History of the Constitution and State Church Law

Professur für Umweltrecht
Chair of Environmental Law

Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Staats- und Verwaltungsrecht
Chair of Public Law, especially State and Administrative Law

Professur für Steuerrecht und Öffentliches Recht
Chair of Tax Law and Public Law

Institute

Institutes

Institut für Anwaltsrecht
Institute of Solicitors' Law

Institut für Arbeits- und Sozialrecht
Institute of Labour and Social Law

Institut für ausländisches und europäisches Privat- und Verfahrensrecht
Institute of Foreign and European Private and Procedural Law

Institut für Deutsches und Internationales Bank- und Kapitalmarktrecht
Institute of German and International Law of Banking and Capital Markets

Institut für Jugendschutzrecht und Strafrecht der Medien
Institute of Legal Protection for Youth and Criminal Law of the Media

Institut für Rundfunkrecht
Institute of Broadcasting Law

Institut für Staats- und Verwaltungsrecht
Institute of State and Administrative Law

Institut für Umwelt- und Planungsrecht
Institute of Environmental and Planning Law

Institut für Völkerrecht, Europarecht und ausländisches öffentliches Recht
Institute of Public International Law, European Law and Foreign Public Law

1.2.2 Forschungstätigkeit an der Fakultät

Research activities outlined in English on p. 47

Die Schwerpunkte der Forschungstätigkeit der Juristenfakultät ergeben sich aus dem jeweiligen Schwerpunktbereich der einzelnen Professuren und Institute. Eine kleine Auswahl der Forschungstätigkeit der einzelnen Professuren und Institute ist hier wiedergegeben:

Zivilrecht (alphabetische Reihenfolge)

Prof. Dr. Ekkehard Becker-Eberhard
 Professur für Bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht

Professor Becker-Eberhard hat im Jahr 2001 gemeinsam mit Professor Berger den weiteren Ausbau des Instituts für Anwaltsrecht der Universität Leipzig vorangetrieben. Außerdem widmete er sich dem zivilprozessualen Erkenntnisverfahren. Insbesondere wurden die Arbeiten zum unter der Herausgeberschaft von Professor Berger erscheinenden Handbuch des einstweiligen Rechtsschutzes fortgeführt, in dem Professor Becker-Eberhard die Teile Kosten, Schadensersatzhaftung und einstweilige Anordnungen in Familiensachen übernommen hat. Außerdem hat Professor Becker-Eberhard einige wissenschaftliche Beiträge in Festschriften bzw. Fachzeitschriften veröffentlicht, so den Beitrag zu den Grundlagen und Grenzen des Verhandlungsgrundsatzes, in: Kamil Yildirim (Hrsg.), Zivilprozeßrecht im Lichte der Maximen, Istanbul 2001 und den Aufsatz „Probleme des Laufs der Verjährungsfrist bei der Anwalts- und Steuerberaterhaftung“ in der Festschrift für Ekkehard Schumann zum 70. Geburtstag, Tübingen 2001.

Die wissenschaftliche Assistentin **Dr. Bettina Heiderhoff** hat im Jahr 2001 vorrangig an ihrer Habilitationsschrift mit dem Thema: „Grundstrukturen des deutschen und europäischen Verbraucherschutzrechts“ gearbeitet. Daneben hat sie einige Beiträge für Fachzeitschriften verfaßt, nämlich: B. Heiderhoff, Einflüsse des europäischen Privatrechts zum Schutz des Verbrauchers auf das deutsche Zivilprozeßrecht, ZEuP 2001, S. 276; Internetauktionen als Umgehungsgeschäfte, MMR 2001, S. 640 sowie Aufhebung einer Bruchteilsgemeinschaft, Anmerkung zu BGH WM 2000, S. 2379, veröffentlicht in JA 2001, S. 355.

Die wissenschaftliche Mitarbeiterin **Katja Krautheim** arbeitet an ihrer Dissertation zum Thema „Die Wahrung der Vertraulichkeit des Mediationsverfahrens im nachfolgenden Zivilprozeß“.

Der inzwischen ausgeschiedene wissenschaftliche Mitarbeiter **Dr. Holm Anders** hat seine Dissertation „Die Pflichtverletzung im System des Leistungsstörungenrechts als Modell de lege ferenda“ im Verlag Duncker und Humblot veröffentlicht.

Prof. Dr. Christian Berger
 Professur für Bürgerliches Recht, Zivilprozeßrecht und Urheberrecht

Professor Berger veröffentlichte im Jahr 2001 mehrere Beiträge zu allgemeinen zivilrechtlichen Problemen aus dem Schuld- und Sachenrecht. Daneben beschäftigte er sich auch mit Problemen des Urheberrechts und des internationalen Prozeßrechts. Weitere Artikel erschienen zu Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Internet.

Zudem wurden die Ergebnisse des vom Institut für Anwaltsrecht veranstalteten 2. Leipziger Insolvenzrechtstags vom Februar 2001 in einem Tagungsband veröffentlicht, dessen Mitherausgeber Professor Berger ist.

Schwerpunkte der Forschungstätigkeit bildeten neben den Herausforderungen für das Zivilrecht durch die Informationsgesellschaft, insbesondere durch die Nutzung des Internet, auch die Veränderungen, die sich aus den Neuerungen des Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes ergeben.

Prof. Dr. Burkhard Boemke

Professur für Bürgerliches Recht, Arbeits- und Sozialrecht

Im Jahr 2001 konnte Professor Boemke gleich zwei didaktische arbeitsrechtliche Werke für Studenten präsentieren. Es erschienen der Band „Arbeitsrecht in der Fallbearbeitung“ in der JuS-Schriftenreihe des Verlags C. H. Beck sowie das Werk „Fallsammlung zum Arbeitsrecht“ im Springer-Verlag.

Neben zahlreichen Urteilsanmerkungen und einigen Aufsätzen sind insbesondere die umfangreichen Beiträge „Grundrechte im Arbeitsverhältnis“ in der „Zeitschrift für Arbeitsrecht“ (zusammen mit Rechtsanwalt Dr. Mirko Gründel) sowie „Stasi-Überprüfung und Personalvertretung“ in der Zeitschrift „Die Personalvertretung“ (zusammen mit Wiss. Assistent Per Ankersen) hervorzuheben.

Abgeschlossen wurden die Arbeiten an der Kommentierung zum Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, die demnächst in der Reihe „Taschenkommentare des Betriebs-Beraters“ im Verlag Recht und Wirtschaft erscheinen wird. Ebenfalls fertiggestellt wurden die umfangreichen, nahezu monographischen Beiträge zu den „Nebenebenen des Arbeitnehmers“ und den „Nebenebenen des Arbeitgebers“, die in Kürze in der AR-Blattei im Förl Verlag erscheinen werden. Fortgesetzt wurde die Teilbearbeitung für das „Handbuch des Einstweiligen Rechtsschutzes im Zivilrecht“, das als Gemeinschaftswerk von Professor Berger, ebenfalls Universität Leipzig, herausgegeben und im Erich Schmidt Verlag erscheinen wird.

Hinzuweisen ist auch auf den umfangreichen Beitrag „Der österreichische Betriebsteil eines deutschen Betriebes im österreichischen und deutschen Betriebsverfassungsrecht“ des wissenschaftlichen Assistenten **Per Ankersen**, der in der „Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht“ erschien.

Prof. Dr. Gero Dolezalek

Professur für Bürgerliches Recht, Römisches Recht mit Schwerpunkt
Gemeines Recht und Kirchliche Rechtsgeschichte

Professor Dolezalek erforscht und katalogisiert seit 1965 mittelalterliche juristische Handschriften. Wichtigstes Arbeitsziel ist derzeit eine Datenbank juristischer Handschriften für das Internet: www.uni-leipzig.de/~jurarom/manuscr.

Die 1999 eingerichtete Internet-Datenbank (www.uni-leipzig.de/~jurarom/catalog) zu juristischen Büchern der Universitätsbibliothek Leipzig bis 1939 wird weiterhin auf Stand gehalten.

Zusammen mit schottischen Gelehrten arbeitet Professor Dolezalek weiter an der Edition von schottischen Law Reports aus dem 16. Jahrhundert – beginnend bei „Sinclair's Practicks“ (1540-1549). Die fortschreitenden Ergebnisse dieser Forschungen sind im Internet veröffentlicht und werden dort auf laufendem Stand gehalten: www.uni-leipzig.de/~jurarom/scotland.

Zudem bearbeitet er seit 1998 ein Pilotprojekt, bei dem erprobt wird, wie man die herkömmliche juristische Technik der Loseblatt-Textsammlungen ersetzen kann durch Internet-Angebote. Loseblatt-Sammlungen sind aufwendig und unökonomisch. In den rechtswissenschaftlichen Bibliotheken verbrauchen sie einen Großteil des jährlichen Budgets. Blätter reißen aus, Nachlieferungen kommen erst lange Zeit nach der Gesetzesänderung, und wenn man die Arbeitsstunden zusammenrechnet, welche die Benutzer beim Einsortieren der Nachlieferungen aufbringen, und die Fehlermöglichkeiten der Benutzer beim Einsortieren, dann ist dies deutlich eine nicht mehr in unsere Zeit passende Technik.

Es wäre technisch möglich, ganz allgemein sämtliche Loseblatt-Ausgaben aussterben zu lassen und stattdessen CD-ROM oder sogar direkt Internet-Angebote einzusetzen. Beim Internet arbeitet einer für alle, das Einsortieren durch die Benutzer und seine Fehlerquellen fallen weg, man kann stets auf neuem Stand sein, und die Druck- und Vertriebskosten fallen weg. Allerdings ist fraglich, wie das Benutzer-Publikum darauf reagiert. Dies wird in dem Pilotprojekt getestet anhand von zwei gut abgrenzbaren Rechtszweigen mit überschaubarem Publikum: nämlich es wurden im Internet Datenbanken aufgebaut für das Kirchenrecht der Ev.-Lutherischen Landeskirche Sachsens und für das Kirchenrecht der Ev. Kirche der schlesischen Oberlausitz – zugänglich über www.uni-leipzig.de/~jurarom. Beide Datenbanken sind inzwischen durch einen sehr großen Teil der in Frage kommenden Benutzer gut angenommen worden und erweisen die Gangbarkeit des hier erforschten Weges. Das Projekt hat nebenher reiche Forschungsergebnisse im Kirchenrecht geliefert und die Zusammenarbeit zwischen Universität und Kirchen vertieft.

Prof. Dr. Franz Häuser

Professur für Bürgerliches Recht, Bank- und Börsenrecht, Arbeitsrecht

Professor Häuser, der die Professur mit dem Schwerpunkt im Bank- und Börsenrecht inne hat, die bis September 1999 eine Stiftungsprofessur war, hat in dem im Jahre 2001 erschienenen Band 5 des Münchener Kommentar zum HGB aus dem Bereich des Zahlungsverkehr die Abschnitte über das Giroverhältnis, den Überweisungsverkehr, den Scheckverkehr und Lastschriftverkehr bearbeitet (zum Teil zusammen mit W. Hadding).

Weitestgehend fertiggestellt ist die für den Band 6 des Münchener Kommentar zum HGB erarbeitete Kommentierung der Vorschriften über das Kommissionsverhältnis (§§ 383 ff. HGB).

Für die 12. Auflage des von Soergel begründeten Großkommentars zum BGB hat der Lehrstuhlinhaber seine bisherige Kommentierung der §§ 762, 764, 780 – 792 BGB grundlegend überarbeitet.

In dem u.a. von Christian Berger herausgegebenen Tagungsband über den Zweiten Leipziger Insolvenzrechtstag (Logos-Verlag Berlin) hat der Lehrstuhlinhaber den Beitrag über Bankkonten in der Insolvenz (S. 7 ff.) beigesteuert.

Prof. Dr. Bernd-Rüdiger Kern
Professur für Bürgerliches Recht, Rechtsgeschichte und Arztrecht

Die Forschung des Lehrstuhls konzentriert sich vornehmlich auf die Rechtsgeschichte und das Arztrecht. Auf rechtsgeschichtlichem Gebiet steht insbesondere die Wissenschaftsgeschichte des Rechts im Mittelpunkt, wobei die Schwerpunkte bei der Erforschung der juristischen Germanistik vom 17. bis ins 19. Jh. und bei weiteren biographie- und werkgeschichtlich orientierten Arbeiten zur Wissenschaftsgeschichte – mit Hinblick auf das Universitätsjubiläum 2009 fokussiert auf die Geschichte der Universität Leipzig und ihrer Juristenfakultät – liegen. Hinzu kamen auch 2001 weitere Arbeiten des Lehrstuhls zur systematischen Darstellung des Deutschen Privatrechts vor dem Inkrafttreten des BGB im Jahre 1900, zur Aufarbeitung einzelner rechtshistorisch interessierender Fragestellungen (z. B. aus dem Familienrecht, dem Erbrecht und dem sächsischen Privatrecht), zur Erforschung der Rechtsprechungstätigkeit und der Geschichte des Reichsgerichts zu Leipzig (v. a. in der Zeit vor dem Inkrafttreten des BGB, als dem Reichsgericht eine führende Rolle bei der Vereinheitlichung des deutschen bürgerlichen Rechts zuwuchs) liegen.

Im Arztrecht wird die Rechtsprechung zur ärztlichen Aufklärungspflicht in ihrem besonderen dogmatischen Verhältnis zum Behandlungsfehler systematisch wissenschaftlich begleitet. Vorbereitet wurde die demnächst erscheinende dritte Auflage des „Handbuchs des Arztrechts“ von Laufs/Uhlenbruck und die Zweitaufgabe des Lehrbuchs „Die ärztliche Aufklärungspflicht“ von Laufs/Kern. Bei den arztrechtlichen Einzelfragen werden insbesondere auch europäische Harmonisierungsbestrebungen im Medizinrecht kritisch beobachtet. Dies gilt auch für die im Jahr 2001 erstmals stärker konturierte Diskussion zu den durch den technologischen Fortschritt der modernen Apparatedizin und der Kommunikationstechnologie aufgeworfenen Rechtsfragen des Telemedizinrechts, an der der Lehrstuhlinhaber durch Vorträge und Veröffentlichungen maßgeblich beteiligt ist. Hierbei wird darauf geachtet, sowohl die juristische, als auch die medizinische Praxis in die Forschungsarbeit einzubeziehen. Das klassische geltende Zivilrecht wird vor allem auf dem Gebiet des allgemeinen Leistungsstörungenrechts, des Bereicherungsrechts und des Schadensersatzrechts (dies wieder hauptsächlich hinsichtlich des Arzthaftungsrechts) bearbeitet.

Prof. Dr. Thomas Rauscher
Professur für Internationales Privatrecht, Bürgerliches Recht und Rechtsvergleichung

Professor Rauscher veröffentlichte im Herbst 2001 ein großes Lehr- und Handbuch des Familienrechts im Verlag C.F. Müller.

Zur selben Zeit erschien die von Professor Rauscher federführend herausgegebene Festschrift für Werner Lorenz zum 80. Geburtstag.

Neben diesen zentralen Projekten wurde mit der Vorbereitung der für 2002 geplanten Neuauflage der 1999 erschienenen Kurzlehrbücher zum Internationalen Privatrecht und zum Internationalen und Europäischen Verfahrensrecht begonnen. Dieses Projekt wird durch ein Fallbuch komplettiert, das ebenfalls 2002 erscheinen soll.

Ein weiterer Schwerpunkt blieb die Befassung mit dem Recht der Wiedervereinigung. Eine völlige Neubearbeitung der hierzu 1997 erschienenen Kommentierung im Kommentar von Staudinger ist in Vorbereitung; sie soll bis Ende 2002 fertiggestellt sein.

In Zusammenarbeit mit der Deutsch-Amerikanischen-Juristenvereinigung, deren erweitertem Vorstand Professor Rauscher angehört, wurden, wie schon im Vorjahr, mehrere Vorträge zum US-Amerikanischen Recht veranstaltet. Hierzu konnten amerikanische Kollegen gewonnen werden, die sich zumeist auf Einladungen anderer Universitäten für kürzere Zeit in Deutschland aufhalten.

Prof. Dr. Reinhard Welter
Professur für Bürgerliches Recht sowie Deutsches und Internationales Wirtschaftsrecht

Professor Welter hat seit seinem Wechsel an die Universität Leipzig im Jahr 1998 den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Deutsches und Internationales Wirtschaftsrecht inne.

Die Forschungstätigkeit am Lehrstuhl hat ihren Schwerpunkt in den wirtschaftlich relevanten Teilen des Zivilrechts und in den Entwicklungen des Zivilrechts, Wettbewerbsrechts und öffentlichen Wirtschaftsrechts (insbes. Bankaufsichtsrechts), die sich durch die zunehmende Internationalisierung sowie durch den Einfluß des Europäischen Rechts ergeben.

In dem 1997 erschienenen dreibändigen Bankrechtshandbuch (C. H. Beck) hat der Lehrstuhlinhaber die wesentlichen vier Kapitel zum Recht internationaler Bankgeschäfte verfaßt; die zweite Auflage ist Frühjahr 2001 erschienen. In dem ebenfalls im Verlag C. H. Beck erschienenen Kapitalanlage-Handbuch (mittlerweile in 2. Aufl. 1997 mit Loseblattnachtrag) hat er als Coautor das Recht der Börsentermingeschäfte betreut, und zwar insbesondere im Hinblick auf die Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Auslandsberührung. Im Jahr 2001 wurde die 3. Auflage des Kapitalanlagehandbuchs vorbereitet. Mit Blick auf das 4. Finanzmarktförderungsgesetz hat Professor Welter am 30.10.2001 im Rahmen einer

Konferenz (Forum-Institut für Management, Heidelberg) zur beabsichtigten Neuregelung der Finanztermingeschäfte referiert.

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt ist das Recht der Kreditsicherheiten. In diesem Zusammenhang ist für den Münchener Kommentar zum HGB (Verlag C. H. Beck) u.a. die Bankgarantie aus deutscher und ausländischer Sicht bearbeitet worden und im Jahr 2001 erschienen.

Für den von Soergel begründeten Großkommentar zum BGB ist die Kommentierung zu den §§ 675, 676 bearbeitet worden (zusammen mit F. Häuser) und mittlerweile erschienen. Die Kommentierung umfaßt u.a. den Anwaltsvertrag, die Baubetreuung und Bauträgerschaft und vor allem die als Geschäftsbesorgung zu beurteilenden Bankgeschäfte. Für diesen Kommentar wird gegenwärtig das schon in der Voraufgabe betreute Recht der Inhaberschuldverschreibung, des Sparbuchs und der Leibrente für die anstehende 12. Auflage bearbeitet.

Als mehrjähriges Projekt ist eine Kommentierung zum Verbraucherkreditgesetz in Arbeit, die im Springer Wissenschaftsverlag erscheinen wird.

Im Rahmen eines internationalen Symposiums (2. Wiener Globalisierungssymposium) hat Professor Welter am 10. Mai 2001 in Wien einen Vortrag gehalten zum Thema: „*Regulating Financial markets – The global level*“.

Im Rahmen der European Collateral Conference am 4. Oktober in Brüssel hat Professor Welter zur deutschen Sicht gegenüber dem EU-Vorhaben zur Regelung von „Finanzsicherheiten“ referiert („*Reuse of collateral by and topping-up of collateral provided to a creditor*“).

Die Forschungsarbeit im Bereich des Deutschen und Europäischen Wirtschaftsrechts schlägt sich schließlich in Lehrveranstaltungen nieder, die 2001 ebenso wie in den Vorjahren jeweils zum aktuellen Entwicklungsstand an der Hochschule St. Gallen, an der Universität Warschau und – erstmals zusätzlich – an der Universität Rijeka gehalten wurden.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2001 lag ein wesentlicher Forschungsschwerpunkt bei den Fragen der Schuldrechtsmodernisierung. Neben Vorträgen und Fachtagungen an der Ostdeutschen Sparkassenakademie in Potsdam zu den Fragen der Auswirkung der Schuldrechtsmodernisierung auf die Kreditwirtschaft hat Professor Welter einen Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung an der Juristenfakultät Leipzig zum Thema „Schuldrechtsmodernisierung, Hintergrund und einführender Überblick“ gehalten.

Strafrecht (in alphabetischer Reihenfolge)

Prof. Dr. Michael Kahlo

Professur für Strafrecht, Strafprozeßrecht und Rechtsphilosophie

Im Mittelpunkt der strafrechtswissenschaftlichen Forschungstätigkeit von Professor Kahlo stand zunächst die Fortsetzung seiner Arbeit an einer Grundlagentheorie des strafrechtlichen Unterlassens. Hauptgegenstand dieser Arbeit war das Problem einer Rechtfertigung der Strafbarkeit von Unterlassungen, deren Begründung und

Begrenzung. Die im Rahmen der diesbezüglichen Untersuchungen unter anderem erfolgte Überarbeitung der Habilitationsschrift von Professor Kahlo führte zur Publikation seines im April 2001 im Verlag Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main, erschienenen Buches „Die Handlungsform der Unterlassung als Kriminaldelikt. Eine strafrechtlich-rechtsphilosophische Untersuchung zur Theorie des personalen Handelns.“

Darüber hinaus wurde die Arbeit an dem Verhältnis von Kriminalunrecht, Strafrechtsschuld und staatlicher Strafe fortgesetzt.

Auf dem Gebiet der Rechtsphilosophie hat sich Professor Kahlo zum einen dem Thema des Verhältnisses von Recht und Moral zugewandt, und zwar mit besonderem Hinblick auf die Rechtsprobleme, die dann entstehen, wenn ein Staat aufgrund historischer Veränderungen seine Rechtsordnung grundlegend verändert, wie dies in Deutschland etwa nach dem 2. Weltkrieg und nach dem Zusammenbruch der DDR geschehen ist.

Zum anderen hat er mit Studien zur Philosophie des Völkerrechts, unter Einschluß des Völkerstrafrechts, begonnen. Im Mittelpunkt dieser Studien standen die Kategorien von Souveränität und Universalität in ihrer Bedeutung für das Staatsrecht der Neuzeit, besonders im Zusammenhang der Theorien von Hobbes, Rousseau und Kant.

Prof. Dr. Diethelm Kleczewski

Professur für Strafrecht, Strafprozeßrecht und Europäisches Strafrecht

Die Professur für Strafrecht, Strafprozeßrecht und Europäisches Strafrecht wurde von Professor Kleczewski mit dem 1. Mai 2001 übernommen. Der Schwerpunkt der Forschung lag auf der Vorbereitung der Publikation eines Grundrisses zum Besonderen Teil des Strafrechts und der Veröffentlichung einer strafrechtlichen Musterakte. Die Mitarbeit an Kommentaren zum Telekommunikationsgesetz und zum Energiewirtschaftsgesetz wurde übernommen und die Kommentierungsarbeit begonnen. Professor Kleczewski betreut derzeit zwei Doktoranden, die Themen aus dem Bereich der allgemeinen Lehren der Straftat übernommen haben.

Professor Dr. Heribert Schumann

Professur für Strafrecht, Wirtschaftsstrafrecht und Jugendschutzrecht

Professor Schumann, M. C. L., setzte zusammen mit der wissenschaftlichen Mitarbeiterin **Anja Kalex** die Arbeit an dem Projekt einer vergleichenden Darstellung des deutschen und des österreichischen Jugendmedienschutzrechts fort.

Der jetzt als Rechtsanwalt tätige frühere Mitarbeiter **T. van Jeger** schloß seine Dissertation „Eigentumssanktionen und Geldbußen gegen juristische Personen und Personenvereinigungen“ ab. Der wissenschaftliche Assistent **Frank Müller** arbeitete an einer Dissertation zu dem Thema „Tötung auf Verlangen als abstrakte Gefährdung“, der wissenschaftliche Mitarbeiter **Michael Ullrich** an einer Arbeit mit dem Titel „Der Programmgrundsatz der Menschenwürde und die Sanktionierbarkeit seiner Verletzung“. Die wissenschaftliche Mitarbeiterin **Anja Kalex** arbeitet an einer

Dissertation zu dem Thema „Informationsfreiheit und Zensurverbot – Eine Darstellung am Beispiel der Freiwilligen Selbstkontrolle der Kinowirtschaft“.

Prof. Dr. Manfred Seebode
 Professur für Strafrecht, Strafprozeßrecht, Kriminologie und
 Strafvollzugsrecht

Der Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozeßrecht, Kriminologie und Strafvollzugsrecht von Professor Seebode widmete sich im Jahre 2001 wie bereits in den Vorjahren Fragen des Allgemeinen Strafrechts (insbesondere des Sanktionenrechts), des Rechts und der Praxis strafrechtlicher Freiheitsentziehungen (insbesondere der Gefängnisüberfüllung), dem Ineinandergreifen von Strafprozeß- und Polizeirecht und Fragen strafrechtlicher Verantwortlichkeit von Richtern und Staatsanwälten.

Dabei widmete sich der wissenschaftliche Mitarbeiter **Dr. Joachim Nibbeling** vornehmlich der Rechtsstellung des Beschuldigten als Subjekt des Strafverfahrens; der wissenschaftliche Mitarbeiter **Dr. Detlef Müther** untersuchte kriminologische und rechtsstaatliche Fragen der Verrechtlichung des Strafvollzuges, und der wissenschaftliche Mitarbeiter **Gerhard Hegendörfer** ging Fragen des Rechts und der Praxis des sächsischen Maßregelvollzugs nach.

„Vollzugsrechtliche Reformüberlegungen“ veröffentlichte der Lehrstuhlinhaber in der von Nestor Courakis herausgegebenen Festschrift für Dionysios Spinellis, Athen 2001, S. 1005 – 1017, und eine vom Tokioter Strafrechtsprofessor Atsushi Fukui in der Japanische übersetzte Arbeit des Lehrstuhlinhabers zur Gefängnisüberfüllung wurde veröffentlicht in: Review of Law and Political Sciences Hosei University, Vol. XCIX, 2001, S. 269 – 278.

Öffentliches Recht (in alphabetischer Reihenfolge)

Prof. Dr. Christoph Degenhart
 Professur für Staats- und Verwaltungsrecht, Umwelt-, Wirtschafts- und
 Planungsrecht

Wie schon in den Vorjahren lag auch im Jahr 2001 ein Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit von Professor Degenhart auf den Kommunikationsfreiheiten des Grundgesetzes, dem Medienrecht und dem Telekommunikationsrecht. Eine umfangreiche Untersuchung zum Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Zuge der Digitalisierung der Telekommunikation wurde im Jahr 2001 fertiggestellt. Sie erschien als Kurzfassung in der Zeitschrift Kommunikation & Recht, Heft 7, S. 329-338. Die vollständige Fassung wurde als selbständige Monographie unter dem Titel: Der Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der

„Digitalen Welt“ als Band 13 der Schriftenreihe Kommunikation & Recht veröffentlicht. Die Thesen dieses Gutachtens wurden auch in der Zeitschrift Medien Dialog abgedruckt. Die Untersuchung befaßt sich sowohl mit der Rechtslage nach den Rundfunkgesetzen und Staatsverträgen der Länder, als auch mit den verfassungsrechtlichen und gemeinschaftsrechtlichen Grundlagen. Insbesondere zu letzterem referierte Professor Degenhart im Juni 2001 vor dem Österreichischen Parlament auf Einladung der ÖVP-Fraktion zur Novellierung des ORF-Gesetzes. Er nahm ferner an einer Sachverständigenanhörung im Niedersächsischen Landtag zu einem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zur Novellierung und Deregulierung der Medienordnung teil. Wie schon im Vorjahr beteiligte er sich auch an einer von der Sächsischen Staatskanzlei einberufenen, informellen Arbeitsgruppe. Eine im Vorjahr fertiggestellte Untersuchung zur wirtschaftlichen Betätigung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wurde in der Kurzfassung in der Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (ZUM), Heft 5, S. 357-373, und in der ungekürzten Fassung als selbständige Publikation als Band 11 der Schriftenreihe Kommunikation & Recht publiziert. An der Aktualisierung der im Jahr 1998 geschriebenen umfassenden Kommentierung des Art. 5 GG im Bonner Kommentar wurde kontinuierlich gearbeitet. Wiederum erarbeitete Professor Degenhart, sachverständiges Mitglied des Medienrates der Sächsischen Landesmedienanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien, Stellungnahmen zu Fragen des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes, insbesondere auch zum Jugendschutz.

Für die Festschrift zum 50jährigen Bestehen des Bundesverwaltungsgerichts wurde dessen Rechtsprechung zum Rundfunkrecht analysiert.

Nachdem Professor Degenhart im Oktober 2000 auf einem Symposium zu den Rechtsfragen der Versteigerung der UMTS-Lizenzen referiert hatte, wurde im Anschluß hieran eine umfangreichere Untersuchung zu Rechtsfragen der staatlichen Steigerung knapper Güter zu Jahresbeginn fertiggestellt. Sie ist im Dezember 2001 in einem Sammelband unter diesem Titel im Nomos-Verlag erschienen.

Im Bereich des Staatsorganisationsrechts, einem weiteren Forschungsschwerpunkt, widmete sich Professor Degenhart im Jahr 2001 verstärkt Fragen der direkten Demokratie. Er wurde in diesem Zusammenhang als Sachverständiger vor dem Hauptausschuß des Landtags von Nordrhein-Westfalen zur Änderung der Landesverfassung angehört. Eine hierzu abgegebene umfangreiche Stellungnahme wurde als Landtagsdrucksache abgedruckt. Eine weitere Untersuchung zu einer angestrebten Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen erschien in den Thüringer Verwaltungsblättern (ThürVBl.), Heft 9, S. 201-211. In beiden Fällen ging es schwerpunktmäßig um die sich aus der jeweiligen Landesverfassung sowie aus dem Grundgesetz ergebenden verfassungsrechtlichen Anforderungen an Volksbegehren und Volksentscheid.

Das Lehrbuch Staatsrecht I – Staatsorganisationsrecht – wurde für die 17. Auflage 2001 neu bearbeitet. Es war wiederum auf Grund der aktuellen Verfassungsentwicklungen, insbesondere der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu aktualisieren. Professor Degenhart bearbeitet in dem von Sachs herausgegebenen Grundgesetzkommentar des Beck-Verlags die Vorschriften über die Gesetzgebungs-

zuständigkeiten (Art. 70-75) und die Justizgrundrechte (Art. 101-104). Die dritte Auflage dieses umfangreichen Kommentars ist für Ende 2002 vorgesehen, die Neubearbeitung der Kommentierung wurde zum Jahreswechsel 2001/2002 fertiggestellt.

Im Bereich des Verwaltungsrechts wandte sich Professor Degenhart im Jahr 2001 wieder dem Umweltrecht zu, insbesondere dem Atomrecht und dem Bergrecht. Er referierte vor dem vom Bundesumweltministerium veranstalteten 11. Deutschen Atomrechtssymposium in Berlin zu Fragen des bundes- und länderfreundlichen Verhaltens im Atomrecht. Hierbei ging es um verfassungs- und verwaltungsrechtliche Fragen des Vollzugs des Atomgesetzes, insbesondere im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion um einen „Ausstieg“ aus der Kernenergie. Das Referat wurde für die Veröffentlichung im Tagungsband überarbeitet.

Für die am 14. März 2002 stattfindende 2. Leipziger Bergrechtstagung wurden Vorbereitungen getroffen. Professor Degenhart wird auf dieser Tagung, die er wissenschaftlich leitet, Fragen der Realisierung energiepolitischer Vorgaben im Rahmen des neuen Sächsischen Landesplanungsrechts referieren. Auch hier geht es um grundsätzliche Rechtsfragen staatlicher Energiepolitik, so insbesondere um die Frage, inwieweit auch im Zeichen einer Wettbewerbsordnung in der Energiewirtschaft staatliche Energievorsorge legitimiert und verfassungsrechtlich geboten ist.

Ein weiterer Schwerpunkt der wissenschaftlichen Tätigkeit von Professor Degenhart im Verwaltungsrecht war im Jahr 2001 das Baurecht, hier war insbesondere die 2. Ergänzungslieferung für den von ihm herausgegebenen Kommentar zur Sächsischen Bauordnung (Loseblatt-Kommentar, Verlag C.H. Beck), mit der das Werk im Wesentlichen vollständig sein wird, vorzubereiten. Professor Degenhart bearbeitete hierzu die §§ 71-74, 77, 77a sowie zusammen mit der wissenschaftlichen Mitarbeiterin **Nannette Ruß** die §§ 64-67, 78 u. 79.

Erneut referierte Professor Degenhart vor dem Innenausschuß des Sächsischen Landtags als Sachverständiger zum Vorhaben eines Gesetzes zur Heilung fehlerhaft gegründeter Zweckverbände. Die zugrundeliegende, im Schwerpunkt kommunalrechtliche Untersuchung, wurde in zwei Teilen veröffentlicht und zwar in Heft 4 der Sächsischen Verwaltungsblätter (SächsVBl.), S. 85-93, und in der Festschrift für Hartmut Maurer.

Professor Degenhart äußerte sich ferner als Sachverständiger, wiederum vor dem Innenausschuß des Sächsischen Landtags zum Vorhaben eines Sächsischen Enteignungs- und Entschädigungsgesetzes.

Im Jahr 2001 lag der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit von **PD Dr. Edin Sarcevic** im Bereich des Völker- und Europarechts. Eine im Vorjahr durchgeführte Untersuchung zum völkerrechtlichen Vertragsrecht wurde im Archiv für Völkerrecht 2001 veröffentlicht. In einer weiteren umfangreichen Untersuchung zur völkerrechtlichen Gestaltung des nationalen Verfassungssystems konzentrierte sich Dr. Sarcevic auf die rechtlichen Prämisse der Verfassungsgebung in Bosnien-Herzegowina in ihrer völkerrechtlichen Relevanz. Im Mittelpunkt stand hier das Phänomen der völkerrechtlichen Überführung eines rechtsstaatlich geprägten

Verfassungssystems in ein ethnokratisches Staatsgebilde. Diese Untersuchung ist im Jahrbuch des Öffentlichen Rechts 2001 veröffentlicht.

Im Zusammenhang damit referierte und diskutierte Dr. Sarcevic auf einer Tagung in Potsdam (Recht der Transformation – Transformation durch Recht, März 2001, Universität Potsdam) über die Aspekte der Rechtstransformation in postsozialistischen Ländern Süd-Osteuropas (Schwerpunkt Bosnien-Herzegowina). Der Tagungsvortrag wird im Jahr 2002 veröffentlicht. Darüber hinaus referierte er im Oktober 2001 auf einem Symposium zu den Rechtsfragen der Intervention in Sarajevo. Im Mittelpunkt standen hier die Fragen der völkerrechtlichen Intervention. Dr. Sarcevic beteiligte sich außerdem an einer vom Auswärtigen Amt und der Bertelsmann-Stiftung einberufenen, informellen Expertengruppe (Berlin, März bis Juli).

Im Bereich des Staatsrechts referierte er auf einer Tagung in Kassel (Januar 2001) über die Fragen der Religionsfreiheit und des muslimischen Gebetsrufs im Geltungsbereich des Grundgesetzes.

Das Europarecht stellt einen weiteren Untersuchungsschwerpunkt von Dr. Sarcevic dar. Er widmete sich auch im Jahr 2001 den Fragen der Osterweiterung der Europäischen Union, der rechtlichen Vorgaben des Art. 49 EUV sowie der Frage des Ermessens im Gemeinschaftsrecht. Eine umfangreiche Untersuchung hierzu wird im Jahr 2002 in der Zeitschrift Europarecht (Heft 4/02) veröffentlicht.

Im Jahr 2001 verteidigte der Doktorand und ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiter **Stefan Haack** seine Dissertation zum Thema: „Widersprüchliche Regelungskonzeptionen im Bundesstaat“. Die Arbeit wurde mit dem Gesamtprädikat *summa cum laude* bewertet.

Prof. Dr. Christoph Enders Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Umweltrecht

Professor Enders hat sich im Jahre 2001 zum einen mit der kritischen Begleitung und Analyse von aktuellen gerichtlichen Entscheidungen zum Versammlungsrecht beschäftigt. In der Anmerkung, JZ 2001, S. 652–655 hat Professor Enders den Beschluß des BVerfG vom 26.01.2001, 1 BvQ 9/01 zur Begrenzung von Versammlungen durch die Aktivierung des versammlungsrechtlichen Begriff der „öffentlichen Ordnung“ kritisch beleuchtet und die dort vorgenommene Abgrenzung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung auf ihre Tragfähigkeit untersucht. Der Beitrag „Menschenrechtsidee und staatliche Grundrechtsgewährleistung – ein unauflösbarer Widerspruch?“ in: Bohnert/Gramm/Kindhäuser/Lege/Rinken/Robbers (Hrsg.), Verfassung – Philosophie – Kirche, Festschrift für Alexander Hollerbach, S. 533–561 fragt danach, wie die Idee vor- und überstaatlicher Menschenrechte – über die Positivierung von Grundrechtsgarantien hinaus – auf die staatliche Rechtsordnung einwirkt. Richtigerweise läßt sich die Menschenrechtsidee – entgegen gewissen Tendenzen im Völkerrecht – nicht vollständig von der Vorstellung der staatlichen Souveränität lösen, ist vielmehr auf die Souveränitätsvorstellung in ihrer Durchsetzung als Rechtsprinzip angewiesen. In „Die neue Subsidiarität des

Bundesverfassungsgerichts“, JuS 2001, Heft 5, S. 462–467, befaßt sich Professor Enders mit dem Verhältnis von bundes- und landesrechtlicher Verfassungsbeschwerde und der Eigenständigkeit der Landesverfassungsbeschwerde im bundesstaatlichen Ordnungsgefüge.

Darüber hinaus hat sich Professor Enders mit Fragen des Drittschutzes, insbesondere im Baurecht befaßt. Schwerpunkt war dabei der Versuch, dessen historische Entwicklungslinien aufzuzeigen und für die heutige Begründung von subjektiven öffentlichen Rechten fruchtbar zu machen. Im Beitrag „Die Gesetzesakzessorische Begründung des Nachbarschutzes im öffentlichen Baurecht“ in SächsVBl, Heft 12, 2001, S. 281–288 wurde versucht, aktuelle Rechtsfragen des Nachbarschutzes im Baurecht, insbesondere nach der Deregulierung aufzugreifen und anhand einzelner positiv-rechtlicher Verfahrensregelungen und materieller Interessenbewertungen zu systematisieren. Ausgehend davon wurde ein konsequent Gesetzesakzessorisches Modell des Nachbarschutzes entwickelt und für praxisrelevante Fallgestaltungen jeweils eine Lösung vorgeschlagen. Im Festschriftaufsatz „Der Beitrag des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts zur Dogmatik des subjektiven öffentlichen Rechts“, Festschrift 100 Jahre Sächsisches Oberverwaltungsgericht, wird speziell der Einfluß der frühen Rechtsprechung dieses sächsischen Obergerichtes auf den heutigen Begriff des subjektiven öffentlichen Rechts und seine Verwaltungsrechtsdogmatische Funktion herausgearbeitet.

Professor Enders ist Mitglied in zahlreichen Gremien, u.a. 1. Vorsitzender des Instituts für Verwaltung und Verwaltungsrecht in den neuen Bundesländern e.V.

Prof. Dr. Rudolf Geiger

Professur für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht

Die Forschungstätigkeit am Lehrstuhl von Professor Geiger und am Institut für Völkerrecht, Europarecht und ausländisches öffentliches Recht hatte auch im Jahre 2001 ihren Schwerpunkt im Bereich des Völker- und Europarechts mit den Bezügen zum nationalen Recht. Weiterer Forschungsschwerpunkt waren die Menschenrechte.

Im Sommersemester 2001 nahm **Professor Richard L. Williamson Jr.**, Prodekan der University of Miami (School of Law), eine Gastprofessur an der Juristenfakultät im Rahmen des Fulbright Programms wahr.

Zusammen mit der Universität Miami fand in Leipzig ein mehrtägiges Seminar zu rechtlichen Konflikten zwischen den USA und Europa statt.

Professor Geiger hat seine im C.H. Beck Verlag erschienenen Werke („Kommentar zum EU/EG-Vertrag“ sowie das Lehrbuch „Grundgesetz und Völkerrecht“) für die jeweils 3. Auflage überarbeitet.

Der wissenschaftliche Assistent **Dr. Roman Schmidt-Radefeldt** hat an seinem Habilitationsprojekt zu Fragen der internationalen Integration staatlicher Streitkräfte gearbeitet.

Daneben hat er einen verfassungsrechtlichen Beitrag für die Ausbildung und Prüfung verfaßt, der in den Sächsischen Verwaltungsblättern erschienen ist.

Die wissenschaftliche Assistentin **Liv Jaeckel** hat sich in ihrer Dissertation mit der Frage nach den Schutzpflichten im deutschen und europäischen Recht befaßt. Weiterhin hat sie in Zusammenarbeit mit Karl Noltze an einem Beitrag über die Funktion der Regierungspräsidien im Freistaat Sachsen gearbeitet, der in „Die Neue Verwaltung“ erschien.

Weiteren vier Absolventen des Magisterstudiengangs „Recht der Europäischen Integration“ konnte in diesem Jahr die Magisterurkunde (LL.M.Eur) überreicht werden. Überdies wurden mehrere Promotionen bei Professor Geiger zu Fragen des Völker- und Europarechts erfolgreich abgeschlossen.

Bei den Vortragsveranstaltungen des Instituts konnten als Gastredner Dr. Martin Wasmeier von der Europäischen Kommission (Brüssel), sowie Referatsleiter Hans-Peter Kaul vom Auswärtigen Amt (Berlin) gewonnen werden, die über Europäische Terrorismusbekämpfung bzw. den Internationalen Strafgerichtshof sprachen.

Prof. Dr. Helmut Goerlich

Professur für Staats- und Verwaltungsrecht, Verfassungsgeschichte und Staatskirchenrecht

Schwerpunkte der Forschungstätigkeit von Professor Goerlich waren im Jahre 2001 das Medien-, speziell das Rundfunkrecht, die Entwicklung der Grundrechte im Rahmen der Europäischen Union und das Staatskirchenrecht. Auf dem Gebiet des Rundfunkrechts setzte Professor Goerlich die Arbeit an der Kommentierung des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages im Rahmen des bundesweiten Projektes „Hamburger Kommentar zum Rundfunkrecht“ fort. Erscheinungsdatum ist 2002.

Professor Goerlich nahm vom 26. bis 30. September 2001 an einem Kolloquium in Izmir/Türkei zum Thema „Durchsetzung der Standards der Europäischen Menschenrechtskonvention in der türkischen innerstaatlichen Rechtspraxis“, veranstaltet vom Goethe-Institut Izmir und der Juristischen Fakultät der Universität Izmir/Türkei, teil. Dort hielt er ein Tagungsreferat zum Thema „Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Folgen“. Am 25. September nahm Professor Goerlich an einer Podiumsdiskussion zum Versammlungsrecht rechtsradikaler Gruppierungen teil, zu dem der Verband der sächsischen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter eingeladen hatte.

Gemeinsam mit Professor Christoph Link, Erlangen, veranstaltete Professor Goerlich ein Seminar zum Thema „Emanzipation als öffentlich-rechtliche Kategorie“ in Goersdorf (Elsaß). Dieses Seminar war der letzte Teil einer im Sommersemester 2000 mit dem Thema „Grundfragen der Toleranz im Staats- und Staatskirchenrecht“ begonnenen und im Wintersemester 2000/2001 mit dem Thema „Neutralität als Verfassungs- und Rechtsprinzip“ fortgesetzten Seminarreihe. Zum Medienrecht leitete Professor Goerlich gemeinsam mit Professor Degenhart ein Seminar mit dem Thema „Medienrecht – Online-Dienste der Rundfunkanstalten“.

Der wissenschaftliche Assistent **Dr. Berthold Kastner** beendete sein Projekt zu verdachtsunabhängigen Personenkontrollen mit der Veröffentlichung eines Aufsatzes zu diesem Thema in VerwArch 2001, 216 ff. Die von **Gerd Schliebe** betreute juristische Bibliographie auf CD-ROM „Kuselit-R“ konnte im Jahr 2001 monatlich in neuen Ausgaben erscheinen.

Prof. Dr. Wolfgang Köck Professur für Umweltrecht

Professor Köck wurde zu Beginn des WS 2001/2002 im Wege der gemeinsamen Berufung zum Professor für Umweltrecht an der Juristen fakultät und dem Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle ernannt.

Prof. Dr. Martin Oldiges Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Staats- und Verwaltungsrecht

Die Forschungstätigkeit des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Staats- und Verwaltungsrecht von Professor Oldiges hatte auch im Jahre 2001 ihren Schwerpunkt im Umwelt- und Planungsrecht. Des weiteren forschten die Mitglieder des Lehrstuhls auf den Gebieten des Staatsrechts und des allgemeinen Verwaltungsrechts mit Bezügen zur Rechtsvergleichung.

Im Umwelt- und Planungsrecht wurde vom Institut für Umwelt- und Planungsrecht gemeinsam mit dem Sächsischen Staatsministerium für Umwelt- und Landesentwicklung das 6. Leipziger Umweltrechts-Symposium mit dem Thema „Daseinsvorsorge durch Privatisierung – Wettbewerb oder staatliche Gewährleistung“ veranstaltet. Auf dieser Tagung hielt Professor Oldiges den einführenden Vortrag zum Tagungsthema. Die Referate und Diskussionsbeiträge des Symposiums wurden in Band 1 der Leipziger Schriften zum Umweltrecht veröffentlicht. Des weiteren setzte Professor Oldiges seine Forschungsarbeiten zur Frage der Umsetzung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes unter Berücksichtigung der abfallpolitischen Ziele des Freistaates Sachsen sowie zur Problematik des Flußeinzugsgebietsmanagements fort. Das letztere Projekt wurde vom BMBF in die engere Förderungsauswahl einbezogen.

Auf dem Gebiet des Subventionsrechts veröffentlichte Professor Oldiges einen umfassenden Bericht über die Rechtsentwicklungen dieser Rechtsmaterie in den letzte fünf Jahren.

Am Lehrstuhl wurden darüber hinaus von den akademischen Mitarbeitern **Dr. Ralf Brinktrine** und **Dr. Herwig Unnerstall** Habilitationsprojekte auf den Gebieten des Staats- und Verwaltungsrechts, insbesondere des Umweltrechts, fortgeführt. Dr. Brinktrine veröffentlichte in deutschen und englischen Zeitschriften verschiedene Beiträge zum Staats- und Verwaltungsrecht und verfaßte – zusammen mit Markus

Bach und Dr. Berthold Kastner – die didaktisch angelegte „Fallsammlung zum Verwaltungsrecht“.

Prof. Dr. Holger Stadie Professur für Steuerrecht und Öffentliches Recht

Der Schwerpunkt der Forschungstätigkeiten von Professor Stadie lag im Jahre 2001 auf dem Umsatzsteuerrecht.

Bei der Überarbeitung seiner Kommentierungen in Rau/Dürrwächter (Hrsg.), Umsatzsteuergesetz, Köln befaßte er sich im Rahmen des § 14 UStG u. a. mit Fragen des Gutgläubensschutzes beim Vorsteuerabzug und setzte sich mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs auseinander. Weitgehend neugefaßt wurde der Abschnitt über die Haftung bei zu Unrecht in Rechnung gestellter Steuer. Die Überarbeitung der Erläuterungen zu § 2 Abs. 3 UStG betraf die Unternehmer-eigenschaft juristischer Personen des Öffentlichen Rechts. Die wesentlichen Forschungsaktivitäten spiegeln sich in der Neukommentierung des § 3 a UStG wieder, die sich mit den territorialen Anknüpfungspunkten bei der Umsatzbesteuerung von Dienstleistungen befaßt (Bestimmungslandprinzip versus Ursprungslandprinzip).

In drei Anmerkungen zu Urteilen des Bundesfinanzhofs äußerte sich Professor Stadie zur Aufrechnung bei Vorsteuervergütungsansprüchen in der Insolvenz (UR 2001, 125), zum Rechnungsbegriff und zur Bestimmung des Leistungsempfängers im Umsatzsteuerrecht (UR 2001, 259), und zum Vorsteuerabzug bei beabsichtigtem, aber nicht verwirklichtem Verzicht auf eine Steuerbefreiung (UR 2001, 264).

Institute (in alphabetischer Reihenfolge)

Institut für Anwaltsrecht

Das Institut für Anwaltsrecht ist im August 1997 gegründet worden und hat zur Jahreswende 1997/98 seine Lehr- und Forschungstätigkeit begonnen. Es soll in der gegenwärtigen Phase des Umbruchs im Bereich der Anwaltschaft in Deutschland und Europa und in einer Zeit, in der große Teile der Absolventen den Anwaltsberuf wählen, zu einer verstärkten Berücksichtigung des anwaltlichen Standpunktes in rechtswissenschaftlichen Lehrveranstaltungen an der Universität beitragen. Durch den Einsatz von Anwälten und Notaren in Lehrveranstaltungen werden außerdem die Kontakte zwischen Theorie und Praxis gefördert.

Es werden Dissertationen auf dem Gebiet des Anwaltsrechts vergeben und betreut. So wurde im Herbst 2000 eine Dissertation zu dem Thema „Die Beschränkungen anwaltlicher Werbung in Berufs- und Wettbewerbsrecht und deren Verhältnis zueinander“ (**Konstantin Pohlmann**) vorgelegt. Das Promotionsverfahren wurde im Jahre 2001 erfolgreich abgeschlossen und soll demnächst veröffentlicht werden. Die wissenschaftliche Mitarbeiterin **Katja Krauthem** arbeitet an einer Dissertation zum

Thema „Die Wahrung der Vertraulichkeit des Mediationsverfahrens im nachfolgenden Zivilprozeß“.

Verstärkt wurden die Beschäftigung mit dem Bereich der Streitschlichtung. Es wurde ein von Praktikern begleitetes Seminar veranstaltet. Weitere thematische Schwerpunkte der Arbeit des Instituts waren im Jahre 2001 Rechtsprobleme der telefonischen und der Rechtsberatung im Internet sowie der Präsentation von Anwälten im Internet und der beruflichen Zusammenarbeit zwischen Anwälten (innerhalb der Bundesrepublik und grenzüberschreitend).

Die unter dem Obertitel „In Zukunft Anwalt“ stehende Reihe mit von Praktikern gehaltenen Lehrveranstaltungen wurde fortgesetzt.

Das Institut für Anwaltsrecht der Universität Leipzig arbeitet eng mit den Instituten oder Lehrstühlen für Anwaltsrecht an den anderen deutschen Universitäten zusammen.

Institut für Arbeits- und Sozialrecht

Siehe dazu unter Professur für Bürgerliches Recht, Arbeits- und Sozialrecht, Prof. Dr. Burkard Boemke

Institut für Ausländisches und Europäisches Privat- und Verfahrensrecht

Siehe dazu unter Professur für Internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung sowie Bürgerliches Recht, Prof. Dr. Thomas Rauscher

Institut für Deutsches und Internationales Bank- und Kapitalmarktrecht

Siehe dazu unter:

- Professur für Bürgerliches Recht, Bank- und Bösenrecht, Arbeitsrecht, Prof. Dr. Franz Häuser
- Professur für Bürgerliches Recht sowie Deutsches und Internationales Wirtschaftsrecht, Prof. Dr. Reinhard Welter

Institut für Jugendschutzrecht und Strafrecht der Medien

Siehe dazu unter Professur für Strafrecht, Wirtschaftsstrafrecht und Jugendschutzrecht, Prof. Dr. Heribert Schumann

Institut für Rundfunkrecht

Siehe dazu unter Professur für Staats- und Verwaltungsrecht, Umwelt-, Wirtschafts- und Planungsrecht, Prof. Dr. Christoph Degenhart

Institut für Umwelt- und Planungsrecht

Siehe dazu unter:

- Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Staats- und Verwaltungsrecht, Prof. Dr. Martin Oldiges
- Professur für Staats- und Verwaltungsrecht, Umwelt-, Wirtschafts- und Planungsrecht, Prof. Dr. Christoph Degenhart
- Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Umweltrecht, Prof. Dr. Christoph Enders
- Professur für Umweltrecht, Prof. Dr. Wolfgang Köck

Institut für Völkerrecht, Europarecht und ausländisches öffentliches Recht

Siehe dazu unter Professur für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht, Prof. Dr. Rudolf Geiger

Research Activities at the Faculty

Research activity at the Faculty of Law concentrates on the areas of specialisation of the individual departments and institutes. A brief overview is given below:

Civil Law (in alphabetical order)

Prof. Ekkehard Becker-Eberhard

Chair of Civil Law and Law of Civil Procedure

In 2001, Prof. Becker-Eberhard worked together with Prof. Berger on further developing the Institute of Solicitors' Law of the Universität Leipzig. Moreover, he devoted himself to civil litigation proceedings. He continued his work on the manual of temporary legal protection edited by Prof. Berger where he is responsible for the sections on costs, liability for damages and temporary injunctions in family cases. In addition, Prof. Becker-Eberhard published a number of scholarly articles in festschrifts and specialist journals, such as his contribution on the fundamentals and limits of the principle of party presentation, in Kamil Yildirim (ed.), "Civil processes in the light of maxims", Istanbul 2001, as well as the article "Problems regarding the passage of the limitation period in connection with lawyers' and tax consultants' liability" in the festschrift for the 70th birthday of Ekkehard Schumann, Tübingen 2001.

*In 2001, research assistant **Dr. Bettina Heiderhoff** primarily continued work on her Habilitation thesis entitled "Fundamental structures of German and European consumer protection law". In addition, she contributed a number of articles to legal*

periodicals, namely B. Heiderhoff, “Influence of the European private law on consumer protection on the German law of civil procedure”, ZEuP 2001, page 276; “Internet auctions as transactions for the purpose of evading the law”, MMR 2001, page 640, as well as “Termination of a community of part-owners”, notes on BGH WM (Federal High Court of Justice, Wertpapiermitteilungen) (2000, page 2379, published in JA 2001, page 355.

Assistant lecturer **Katja Krautheim** worked on her dissertation entitled “The preservation of confidentiality observed during mediation in subsequent civil action”.

Assistant lecturer **Dr. Holm Anders**, who has since left the University, had his dissertation “Neglect of duty in the system of the law of default in performance as a model de lege ferenda” published by Duncker und Humblot.

Prof. Christian Berger

Chair of Civil Law, Law of Civil Procedure and Copyright

In 2001 Prof. Berger published several articles on general civil law issues in the law of obligations and property law. Berger also wrote essays on copyright law and on the law of international civil procedure. Another field of interest concerned legal questions connected with the use of the internet.

Furthermore he edited the proceedings of the 2nd Leipzig Conference on Insolvency Law organised by the Research Institute for Lawyers’ Professional Law (Institut für Anwaltsrecht).

His research focused on the challenges to civil law posed by the information society and on the changes brought about by major reforms in German law of obligations.

Prof. Burkhard Boemke

Chair of Civil Law, Labour and Social Law

In 2001, Prof. Boemke published two teaching works on labour law for students: the volume “Labour Law in Case Processing” published by C. H. Beck as part of the JuS series, and “Case Collection on Labour Law” published by Springer-Verlag.

In addition to comments on numerous judgements and several essays, the extensive articles “Basic rights of the employee” in “Zeitschrift für Arbeitsrecht”, a periodical on labour law (in conjunction with the lawyer Dr. Mirko Gründel) as well as “Stasi assessment and staff representation” in the journal “Die Personalvertretung” in particular, should be particularly emphasized.

Prof. Boemke finished his work on the annotation on the Law on Hiring out of Employees, which is about to be published in the series “Pocket Commentaries for the Business Consultant” by publisher Recht und Wirtschaft. He has also completed the comprehensive, almost monographic contributions on the “Auxiliary Duties of the

Employer” and the “Auxiliary Duties of the Employee” which will shortly be published in the loose-leaf collection on labour law published by Forkel-Verlag. Prof. Boemke continued working on the “Handbook of Temporary Legal Protection in Civil Law” which will be edited by Prof. Christian Berger, Universität Leipzig and will be published by Erich Schmidt Verlag.

Mention should also be made of the comprehensive article “The Austrian part of a German company in the Austrian and German industrial constitution law” by research assistant **Per Ankersen** published in the “Journal for Foreign and International Labour and Social Law”.

Prof. Gero Dolezalek

Chair of Civil Law, Roman Law Focusing on Common Law and Church Legal History

Since 1965, Prof. Dolezalek has continuously investigated and catalogued medieval legal manuscripts. His activities focus on an internet database of legal manuscripts: www.uni-leipzig.de/~jurarom/manuscr.

A database of the University library’s stock of legal books printed before 1940 was published on the internet in 1999 and is updated intermittently.

Together with Scottish academics, Prof. Dolezalek also intends to edit 16th-century Scottish law reports. The findings of research on “Sinclair’s Practicks” (1540–49) are available on the internet www.uni-leipzig.de/~jurarom/scotland and regularly updated.

As a pilot project, Prof. Dolezalek is testing ways and means of replacing the traditional technique of loose-leaf publications of legal materials by internet databases. The current method is unnecessarily expensive. Moreover, updates are inevitably subject to time lag, and their inclusion by the user in existing collections is time-consuming. For both technical and economic reasons, it would be far better to resort to internet databases. One snag is that it is difficult to predict how the interested public would accept such databases. In order to test this, two branches of law of moderate size were chosen, and respective legal data bases were published on the internet: one for the law of the Evangelical Lutheran Church of Saxony, and another for the law of the Evangelical Church of Silesian Upper Lusatia. Both can be accessed at www.uni-leipzig.de/~jurarom. As the response shows that both databases are well-accepted by the interested public, this demonstrates that the project’s assumption is right.

Prof. Franz Häuser

Chair of Civil Law, Bank and Stock Exchange Law, Labour Law

Prof. Häuser, who is in charge of bank and stock exchange law (a department which was externally funded until September 1999) worked on the chapters on giro procedures, money transfer, cheques and direct debits in Volume 5 of the “Münchener Kommentar” on the German Commercial Code published in 2001 (partly in conjunction with W. Hadding). He has almost finished the annotations on the regulations concerning consignment agreements for Volume 6 of the “Münchener Kommentar” on the German Commercial Code (Sections 383 ff. HGB).

Prof. Häuser thoroughly revised his comments on Sections 762, 764, 780–92 of the German Civil Code (BGB) for the 12th edition of Soergel’s annotation on the German Civil Code.

He also wrote an essay on the subject of bank accounts during insolvency (pp. 7 ff.) for the proceedings on the Second Leipzig Day on Insolvency Law, edited by Christian Berger and others and published by Logos-Verlag, Berlin.

Prof. Bernd-Rüdiger Kern

Chair of Civil Law, Legal History and Medical Law

Research work at the Chair of Civil Law, Legal History and Medical Law focuses on legal history and medical law. Research activities in legal history focus on the history of jurisprudence with the main emphasis on exploring German legal terminology from the 17th to 19th centuries and in other works on the history of science. In view of the University’s 600th anniversary in 2009, work also addressed focus the history of the Universität Leipzig and its Faculty of Law. In addition, the members of the Chair worked on the systematic presentation of German private law before the German Civil Code came into effect in 1900, on a review and reappraisal of individual problems of interest from the angle of legal history (for instance issues of family law, inheritance law and Saxon private law), on research into judicial decisions and the history of the German Supreme Court (Reichsgericht) in Leipzig (primarily during the time before the German Civil Code came into effect, when the Supreme Court played a leading role in the unification of the German civil law.

In medical law, one of the topics of systematic research was judicial decisions with regard to a doctor’s duty of disclosure and its particular dogmatic relationship with errors during treatment. The third edition of the “Handbook on Medical Law” by Laufs/Uhlenbruck and the second edition of the textbook “The Doctor’s Duty of Disclosure” by Laufs/Kern have been prepared and will appear soon. Among the individual problems of medical law dealt with were in particular the European efforts to harmonise medical law as well as new legal problems of tele-medicine law which, as a result of the technological progress of modern high-tech medicine Apparatedmedizin and telecoms, were discussed in more detail for the first time. Prof.

Kern played a leading role in this discussion. He gave lectures and published several articles, and put special emphasis on including both legal and medical practice into research work.

With regard to classical civil law, the Chair mainly worked on issues of the general law of impairment of performance, enrichment law and law of tort (chiefly with regard to doctor’s liability).

Prof. Thomas Rauscher

Chair of International Private Law, Comparative Law and Civil Law

Prof. Rauscher published a textbook cum handbook on Family Law in autumn 2001.

The Festschrift in honour of Werner Lorenz’ 80th birthday, edited by Thomas Rauscher, was also published.

Apart from these main research projects, preparatory activities were started for second editions of the textbooks Private international Law and European and International Law of Civil Procedure published in 1999. In addition, a Casebook on Private International Law is in preparation and will be published later in 2002.

Research into the consequences of the implementation of the Federal Republic of Germany’s civil law following German reunification was continued (see Prof. Rauscher’s 1997 contribution on Articles 230–35 Introductory Law to the German Civil Code – EGBGB); a revised edition is in preparation to be published by late 2002.

Being a regional member of the managing committee of Deutsch-Amerikanische-Juristenvereinigung (German–American Lawyers’ Association), Prof. Rauscher had the pleasure of welcoming several colleagues from US law schools who lectured on current aspects of US and international legal matters.

Prof. Reinhard Welter

Chair of Civil Law, German and International Commercial Law

Since joining the Universität Leipzig in 1998, Prof. Welter has been in charge of the Department of Civil Law, German and International Commercial Law.

The Department’s research focuses on economically relevant aspects of civil law and the development of civil law, competition law, and public commercial law (especially bank supervision law) resulting from increasing internationalisation and the influence of European law.

In the three-volume banking manual published by Beck in 1997, Prof. Welter wrote the four main chapters on the law of international banking; the second edition was published in spring 2001. In the manual on capital investment (the second edition of

which was published by Beck in 1997), Prof. Welter acted as co-author in charge of the law on futures trading, especially with respect to legal aspects in connection with cross-border transactions. Work is continuing on the third edition of the capital investment manual. With respect to the Fourth Financial Markets Promotion Act, Prof. Welter gave a talk on the draft law on financial futures trading during a conference held at Heidelberg organised by the Forum Institute for Management in October 2001.

Another area of research was the law on secured transactions. In this connection, work on the bank guarantee from both a German and a foreign viewpoint has been prepared for the "Münchener Kommentar" on the German Commercial Code, published by Beck in 2001.

Together with F. Häuser, Prof. Welter worked on an annotation of Sections 675 and 676 for Soergel's commentary on the German Civil Code 675, 676, which has since been published. The annotation includes areas such as the lawyer's contract, construction supervision and development, and above all banking transactions regarded as agency. For this commentary, the law of bearer instruments, the savings book and annuity for life already discussed in the previous edition are being dealt with for the forthcoming 12th edition.

In a project lasting a number of years, Prof. Welter is currently working on an annotation of consumer credit legislation, which is due to be published by Springer.

Prof. Welter was one of the speakers during the Second International Symposium on Globalisation in Vienna (May 2001), his topic being "Regulating financial markets – The global level".

At the European Collateral Conference held in Brussels in October 2001, Prof. Welter spoke on the German perspective regarding the draft European Directive on Financial Collateral ("Reuse of collateral by and topping-up of collateral provided to a creditor").

In the end, research work in the area of German and European commercial law is reflected in teaching in Leipzig and abroad. In 2001 (as in previous years) lectures and seminars at St. Gallen University, the University of Warsaw and for the first time at the University of Rijeka dealt with the current developments in these fields of law.

Towards the end of 2001 Prof. Welter's research focused on the Law of Obligations Reform Act. Besides presentations given at the Academy of East German Savings Banks in Potsdam on the implications of the Reform Act for banking activities, Prof. Welter held the first lecture in a series of presentations by the University's Faculty of Law.

Criminal Law (in alphabetical order)

Prof. Michael Kahlo

Chair of Criminal Law, Law of Criminal Procedure and Philosophy of Law

Prof. Kahlo's research activities focused on the continuation of his work on a fundamental theory of omission from the point of view of criminal law. The main subject of this work was the problem of justifying the criminal liability of omissions, its foundation and limitations. The investigations on this matter also led to a revision of his Habilitation thesis and subsequently to the publication of his book "Omission as a Criminal Offence. An Investigation of the Theory of Personal Action from the Point of View of Criminal Law and Legal Philosophy" published in April 2001 by Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main.

In addition, he continued his work on the relationship between criminal law, culpability under criminal law, and the sentence imposed by the state.

In the field of legal philosophy, Prof. Kahlo dealt with the relationship between law and morality, with particular emphasis on legal problems arising when a state fundamentally alters its legal system as a consequence of historical changes, as happened in Germany after the Second World War and after the collapse of East Germany.

Furthermore, he commenced studies of the philosophy of international law including international criminal law, focusing on the categories of sovereignty and universality and their significance for modern constitutional law, in particular in connection with the theories of Hobbes, Rousseau and Kant.

Prof. Diethelm Kleszczewski

Chair of Criminal Law, Law of Criminal Procedure and European Criminal Law

The Chair of Criminal Law, Law of Criminal Procedure and European Criminal Law was taken over by Prof. Kleszczewski as of 1 May 2001. Research work concentrated on preparing the publication of an outline of the German Criminal Code, Special Part law and of a sample file. Prof. Kleszczewski contributed to an annotation on the Telecommunications Act and the Energy Industry Act. Prof. Kleszczewski is currently supervising two doctoral students working on aspects of general theories of the criminal offence.

Prof. Heribert Schumann

Chair of Criminal Law, Economic Offences Law and Protection for Youth

Prof. Schumann, M.C.L., continued his collaboration with research assistant **Anja Kalex** on the project comparing German and Austrian media law protecting young people.

His previous colleague **T. van Jeger** finished his dissertation “Sanctions on property and penalties imposed on legal entities and associations”. Research assistant **Frank Müller** worked on his dissertation “Killing another person at his own request as an abstract threat”, while research assistant **Michael Ullrich** worked on her dissertation entitled “The programming principle of human dignity and the sanctionability of its violation”. Assistant lecturer **Anja Kalex** worked on her dissertation entitled “Freedom of information and prohibition by censorship – an account based on the example of the voluntary control of the cinema film industry.”

Prof. Manfred Seebode

Chair of Criminal Law, Law of Criminal Procedure, Criminology and Law of Prison Administration

The research activities of Prof. Seebode in 2001 concerned the following subjects:

- The German system of penal sanctions, especially the law and reality of (pre-trial) detention, prison overcrowding and the principle rules of imprisonment;
- The relations of German police law to the German law of criminal procedure in the European Community;
- The criminal responsibility of judges.

Assistant lecturer **Dr. Joachim Nibbeling** devoted his work mainly to the legal position of the accused as the subject of criminal proceedings; assistant lecturer **Dr. Detlef Müther** investigated criminological and constitutional issues with regard to legal provisions concerning the penal system. Assistant lecturer **Gerhard Hegendörfer** studied issues of law and practice with regard to the implementation of measures of correction and prevention in Saxony.

Prof. Seebode published “Reflections on a reform of the penal system” in a festschrift for Dionysios Spinosses, published by Nestor Courakis, Athens 2001, pp. 1005–17. Another article written by Prof. Seebode and translated into Japanese by the Tokyo professor of criminal law Atsushi Fukui was published in “Review of Law and Political Sciences”, Hosei University, Vol. XCIX, 2001, pp. 269–78.

Public Law (in alphabetical order)

Prof. Christoph Degenhart

Chair of State and Administrative Law, Environmental, Commercial and Planning Law

As in recent years, in 2001 research work by Prof. Degenhart focused on the freedom of communication as regulated by the German Constitution, on media law and telecommunications law. A comprehensive investigation of the function of public broadcasting institutions in the process of the digitalisation of telecommunications was completed in 2001. A short review was published in “Kommunikation & Recht”, no. 7, pp. 329–38. The complete version was published as an independent monograph entitled “The function of public broadcasting” in “Digital World” as Volume 13 of the series “Kommunikation & Recht”.

The theses of this expert report were printed in the journal “Medien Dialog”, too. The investigation dealt with the legal situation pursuant to the radio laws and treaties between the federal states, as well as with fundamentals of constitutional law and EU law. With a view to the latter issue in connection with the amendment of the ORF Law, Prof. Degenhart gave a report before the Austrian Parliament in response to an invitation from the ÖVP parliamentary group in June 2001. He also participated in an expert hearing in the parliament of Lower Saxony dealing with an application from the SPD parliamentary group to amend and deregulate the media regulations. As in the previous year, he took part in an informal working group established by the Saxon state chancellery.

A short review of an investigation on the economic activities of public broadcasting institutions completed last year was published in the “Journal for Copyright and Media Law” (ZUM), no. 5, pp. 357–73, while the complete version was edited as Volume 11 of the series “Kommunikation & Recht”. Work was continued on the update of the annotation on Article 5 of the German Constitution in “Bonner Kommentar”, written in 1998. Again, Prof. Degenhart acted as an expert member of the Saxon media authority’s council, drafting statements on certain issues concerning the Saxon Private Broadcasting Act, in particular on the protection of children and young persons.

For the Festschrift on the occasion of the 50th anniversary of the Federal Administrative Court, its decisions with regard to radio law were analysed.

After Prof. Degenhart’s report on legal aspects concerning the auction of UMTS licences at a symposium in October 2000, a more extensive investigation of legal issues concerning state auctions of goods in short supply was completed at the beginning of the year. It appeared in December 2001 in an anthology published by Nomos-Verlag.

In the field of state organisation law, another area of research, in 2001 Prof. Degenhart devoted himself to issues of direct democracy. In this connection he was invited by the main committee of the parliament of North-Rhine Westphalia to give a talk on amending the regional constitution. His comprehensive statement on this subject was published by the regional parliament. Another study on a proposed amendment of the constitution of the Free State of Thuringia was published in "Thüringer Verwaltungsblätter" (ThürVBl.), no. 9, pp. 201–11. Both publications focused on the requirements following from the German and the state constitution with regard to referenda (including petitions for referenda).

The textbook "State Law I – State Organisation Law" was reviewed for the 17th edition 2001. The review was necessary because of the recent constitutional developments, in particular with a view to the rulings of the Federal Constitutional Court. In the commentary on the Constitution edited by Sachs and published by Beck-Verlag, Prof. Degenhart reviewed the sections on legislative competence (Articles 70–75) and on people's fundamental legal rights (Art. 101–104). The third edition of this comprehensive commentary is planned to be published in late 2002; the review of the commentary was finished at the beginning of 2002.

In the field of administrative law, in 2001 Prof. Degenhart once more devoted himself to environmental law, in particular atomic energy law and mining law. He gave a talk at the 11th German Atomic Energy Law Symposium in Berlin, organised by the German Ministry of the Environment on issues of competence and mutual consideration of the Federation and the Länder (regions) in nuclear law, in particular on constitutional and administrative questions of the execution of the Atomic Energy Law, especially in connection with the current discussion about the discontinuation of nuclear energy. The speech was subsequently reviewed for the purpose of publication in the proceedings.

Preparations were made for the 2nd Leipzig Conference on Mining Law, scheduled for 14 March 2002. Prof. Degenhart will chair the conference and will give a talk on issues of the implementation of requirements of energy policy within the scope of the new Saxon planning law. The conference also focuses on fundamental legal issues of state energy policy, in particular on the question of whether state activities in energy policy are justified and advisable from the angle of constitutional law given the competition regulations in the energy industry.

*Another focus of Prof. Degenhart's research work in administrative law in 2001 was construction law. He prepared the 2nd supplement for the commentary on the Saxon building regulations (loose-leaf edition by publisher C.H. Beck), which he also edited, so that this work is now essentially complete. Prof. Degenhart reviewed Sections 71–74, 77, 77a as well as Sections 64–67, 78 and 79 in cooperation with assistant lecturer **Nannette Ruß**.*

Once again, Prof. Degenhart presented a paper before the internal committee of the Saxon parliament about a planned law concerning shortcomings in the founding of municipal special purpose associations. The paper was based on a treatise focusing

on municipal law which was published in two parts, in "Sächsische Verwaltungsblätter", no. 4, pp. 85–93 as well as in the festschrift for Hartmut Maurer.

Prof. Degenhart also appeared as an expert before the internal committee of the Saxon parliament reporting on the proposed Saxon law on expropriation and compensation.

*In 2001, the main emphasis of **PD Dr. Edin Sarcevic's** work was on international law and European law. A study on the law of treaties under international law carried out last year was published in "Archiv für Völkerrecht" 2001. Another comprehensive study on the design of national constitution systems with regard to public international law focused on the legal premises of constituent procedures in Bosnia-Herzegovina and their relevance to public international law. The study dealt with the phenomenon of a transfer of a constitutional system based on the rule of law into an ethnocratic state in the context of international law. This study was published in the "Yearbook of Public Law 2001".*

In connection with this study, Dr. Sarcevic presented a paper on a conference in Potsdam (Law of Transformation – Transformation by Law, March 2001, University of Potsdam) concerning aspects of law transformation in the post-socialist countries in South-Eastern Europe (with an emphasis on Bosnia-Herzegovina). His talk will be published in 2002. Moreover, in October 2001, Dr. Sarcevic also gave a talk on a symposium on legal issues of the intervention in Sarajevo focusing on issues of an intervention under public international law. Dr. Sarcevic also participated in an informal group of experts appointed by the Ministry of Foreign Affairs and the Bertelsmann Foundation (Berlin, March–July)

In the field of public law, he presented a paper on a conference in Kassel (January 2001) on issues of the freedom of worship and the Moslem muezzin call in the jurisdiction of the German Constitution.

European law was another main field of research by Dr. Sarcevic. In 2001, too, he investigated issues of the eastward expansion of the European Union, of the legal prerequisites of Article 49 of the Treaty of the European Union as well as issues of discretion in EU law. A comprehensive study of this subject will be published in 2002 in the periodical "Europarecht" no. 4/02.

*In 2001, former assistant lecturer **Stefan Haack**, who studied for his doctorate under Prof. Sarcevic, defended his dissertation on "Contradictory regulation conceptions in the federal state". His work was graded "summa cum laude".*

Prof. Christoph Enders

Chair of Public Law Focusing on Environmental Law

In the year 2001, Prof. Enders worked on a critical commentary and analysis of current judgements concerning the right of assembly. In the comment, JZ 2001, pp. 652–55, Prof. Enders critically examined the resolution of the Federal Constitutional Court of 26 January 2001, 1 BvQ 9/01 on the limitation of assemblies by activating the term of “public order” from assembly law and examined the acceptability of the definition used of public safety and order. The article “The concept of human rights and state guarantee of fundamental rights – an unresolvable contradiction?” in Bohnert/Gramm/Kindhäuser/Lege/Rinken/Robbers (eds.), “Constitution – Philosophy – Church”, festschrift for Alexander Hollerbach, pp. 533–61 asks how the concept of supranational human rights – beyond the concrete implementation of guarantees of fundamental rights in the Constitution – affects the state legal system.

To be accurate, the concept of human rights – contrary to certain tendencies in public international law – cannot be completely separated from the concept of state sovereignty. On the contrary, it has to rely on the sovereignty concepts and their implementation as legal principle. In “The New Subsidiarity of the Federal Constitutional Court”, JuS 2001, no. 5, pp. 462–67, Prof. Enders is examining the relationship between federal and federal state constitutional complaints and the independence of the state constitutional complaint in the federal system.

In addition, Prof. Enders dealt with issues of the protection of third parties, in particular in constructional law. He attempted to show the historical development of this legal field and make it applicable to present foundations of subjective public rights. The essay “The foundation of neighbour protection in public construction law pursuant to legal provisions” in SächsVBl, no. 12, 2001, pp. 281–88, dealt with topical legal issues of neighbour protection in construction law, in particular after deregulation, and attempted to systematize these issues on the basis of provisions pursuant to positive law and the evaluation of practical interests. Taking this as a starting point, a consistent model of neighbour protection pursuant to legal provisions was developed and solutions were proposed for cases with practical relevance. In the essay “The contribution of the Saxon Higher Administrative Court to the dogmatics of subjective public law” for the Festschrift on the occasion of the 100th anniversary of the Saxon Higher Administrative Court, the influence of the early court decisions of this Saxon higher court on the present term of subjective public law and its function pursuant to the theory of administrative law were investigated.

Prof. Enders is the First Chairman of the Institute for Administration and Administrative Law in Eastern Germany e.V.

Prof. Rudolf Geiger

Chair of Public Law, International Law and European Law

In 2001, research activities at the chair of Prof. Geiger and at the Institute for International Law, European Law and Foreign Public Law also focused on international and European law and its implications and effects on national law. The research activities also included the field of human rights. Prof. Richard L. Williamson Jr., Associate Dean of the University of Miami (Florida), School of Law, spent the summer semester 2001 as guest professor at the Faculty of Law under the Fulbright Program.

The Universität Leipzig and the University of Miami held a joint seminar lasting a number of days on legal conflicts between the USA and Europe. The seminar took place in Leipzig.

Prof. Geiger reviewed his works “Commentary on EU/EC Treaty” and the textbook “Basic Law and International Law”, both published by C.H. Beck Verlag for the third edition.

Research assistant Dr. Roman Schmidt-Radefeldt worked on his Habilitation thesis dealing with issues of the international integration of state armed forces. In addition, he wrote an essay on constitutional law for training and examinations which was published in “Sächsische Verwaltungsblätter”.

Liv Jaeckel, a research assistant at the Institute, worked on her dissertation dealing with the protection obligations in German and European Law. In conjunction with Karl Noltze, she published an article on the function of the regional administration offices (Regierungspräsidien) in the Free State of Saxony which appeared in “Die Neue Verwaltung”.

Another four graduates of the Master’s course “Law of European Integration” received their degrees (LL.M.Eur) this year. In addition, a number of doctoral candidates supervised by Prof. Geiger and working on issues of international and European law attained their doctoral degrees

The Institute invited Dr. Martin Wasmeier from the European Commission in Brussels and Hans-Peter Kaul, head of department at the Ministry of Foreign Affairs (Berlin), to speak about the European struggle against terrorism and the International Criminal Court.

Prof. Helmut Goerlich

Chair of State and Administrative Law, History of the Constitution and State Church Law

In 2001 Prof. Goerlich’s academic research focused on media law (especially broadcasting law), the development of human rights law in the course of European

integration and state church law. He continued to write a commentary on the law of financing of public broadcasting, which is due to be published in 2002.

From 26–30 September, Prof. Goerlich took part in a colloquium in Izmir, Turkey, on “The implementation of European human rights standards in the Turkish intrastate execution of law” which was held by the Goethe Institute in Izmir and the Faculty of Law, Izmir, Turkey. There he gave a report on “The Charter of Human Rights of the European Union and its effects”. He also contributed to a panel discussion on the freedom of assembly of right-wing extremist groups.

Together with Prof. Dr. Christoph Link, Erlangen, he conducted a seminar on “Emancipation as a category of public law” in Goersdorf (Alsace). This seminar concluded a series of seminars which had begun in the summer term 2000 with the topic “Basic questions of tolerance in state and state church law” and continued the following term with the topic “Neutrality as a principle in law”. He also held a seminar together with Prof. Degenhart on “Media law – online services of public broadcasting companies”.

Assistant Lecturer **Dr. Berthold Kastner** published an article on identity checks without suspicion. Mr. **Gerd Schliebe** continued to publish monthly editions of his bibliography of legal literature and judicial decisions titled “Kuselit-R”.

Prof. Wolfgang Köck Chair of Environmental Law

At the beginning of the winter semester 2001/2002, Prof. Köck was appointed Professor of Environmental Law at the Faculty of Law and simultaneously at the UFZ Centre for Environmental Research Leipzig-Halle.

Prof. Martin Oldiges Chair of Public Law, especially State and Administrative Law

In 2001, research activities at the Chair of Public Law, in particular State and Administrative Law held by Prof. Oldiges, concentrated again on environmental and planning law. Other important fields of research included constitutional law, general administrative law including comparative law.

In the field of environmental and planning law, the Institute for Environmental and Planning Law in conjunction with the Saxon State Ministry for the Environment and State Development held the 6th Leipzig Symposium on Environmental Law dealing with the subject “Services for the Public by Privatisation – Competition or State Guarantee”. Prof. Oldiges held the introductory speech. The papers and discussion contributions were published in Volume 1 of the Leipzig Papers on Environmental Law. Other subjects of Prof. Oldiges’ research included the implementation of the law regulating waste and recycling taking into regard the targets of the Free State of

Saxony concerning waste disposal and the issue of river catchment management. The latter project was short-listed by the Federal Ministry of Education and Research for possible funding.

In the field of subsidy law, Prof. Oldiges published a comprehensive report on the development of this field of law during the last five years.

Assistant lecturers **Dr. Ralf Brinktrine** and **Dr. Herwig Unnerstall** continued their academic research for their postdoctoral theses in the fields of state and administrative law, in particular with regard to environmental law. Dr. Brinktrine published several essays on state and administrative law in German and English periodicals and wrote – together with Markus Bach and Dr. Berthold Kastner – the didactical “Collection of cases on administrative law”.

Prof. Holger Stadie Chair of Public Law, especially State and Administrative Law

Research activities by Prof. Stadie in 2001 focused on value-added tax law.

He reviewed his commentaries in Rau/Dürrwächter (eds.), “Value-added Tax Law”, Cologne with regard to issues of protection of tax-payers acting in good faith concerning input tax deduction under Section 14 UStG (German Law on Value-added Tax) and critically analysed the court rulings of the European Court of Justice. The section on liability with regard to taxes wrongfully levied was almost completely rewritten. The commentaries on Section 2, para. 3, UStG were reviewed with regard to legal persons under public law acting as entrepreneurs. The main research activities were reflected in the new comments on Section 3a, UStG dealing with territorial aspects in the levelling of VAT on services (the principle of place of destination versus the principle of place of origin).

In three comments on judgements of the German Supreme Tax Court, Prof. Stadie talked on the subject of setting-off input tax compensation claims during insolvency (UR 2001, 125), on the concept of the invoice, and on the determination of the recipient of the service in value-added tax law (UR 2001, 259), as well as on the deduction of input tax in the case of an intended but not implemented relinquishment of tax exemption (UR 2001, 264).

Institutes

Institute of Solicitors’ Law

The Institute of Solicitors’ Law was founded in August 1997, and commenced teaching and research at the end of the same year. During the upheaval currently being

experienced by the legal profession in Germany and Europe, and at a time when large numbers of graduates are choosing a career as a solicitor or lawyer, the aim of the Institute is to take lawyers' viewpoints more strongly into account in law teaching at the Universität Leipzig. Moreover, contact between theory and practice are facilitated by the inclusion of lawyers and notaries in teaching.

*Dissertations concerning solicitors' law are supervised. For example, a dissertation was submitted in autumn 2000 entitled "Restrictions on lawyers' advertising in professional and competition law and the relationship between them" by **Konstantin Pohlmann**. In 2001, he successfully completed his doctoral thesis which will shortly be published. Assistant lecturer **Katja Krautheim** worked on a dissertation entitled "The preservation of confidentiality observed during mediation in subsequent civil proceedings."*

The Institute increased its activities in the field of dispute settlement procedures and organised a seminar with practitioners. Other main aspects of the research work of the Institute in 2001 were legal problems connected with legal consulting over the telephone or the internet as well as the presentation of lawyers on the internet and the professional cooperation of lawyers (within Germany and internationally).

The lecturers and seminars under the overall heading "Future Lawyers" were continued.

The Institute of Solicitors' Law at the Universität Leipzig cooperates closely with institutes and departments of solicitors' law at other German universities.

Institute of Labour and Social Law

See under: Prof. Burkard Boemke (Chair of Civil Law, Labour and Social Law)

Institute of Foreign and European Private and Procedural Law

See under: Prof. Thomas Rauscher (Chair of International Private Law, Comparative Law and Civil Law)

Institute of German and International Law of Banking and Capital Markets

See under: Prof. Franz Häuser (Chair of Civil Law, Bank and Stock Exchange Law, Labour Law) und Prof. Reinhard Welter (Chair of Civil Law, German and International Commercial Law)

Institute of Legal Protection for Youth and Criminal Law of the Media

See under: Prof. Heribert Schumann (Chair of Criminal Law, Economic Offences Law and Protection for Youth)

Institute of Broadcasting Law

See under: Prof. Christoph Degenhart (Chair of State and Administrative Law, Environmental, Commercial and Planning Law)

Institute of Environmental and Planning Law

Main fields of research:

- *Prof. Martin Oldiges: Planning and building law, conservation law and miscellaneous environmental law*
- *Prof. Christoph Degenhart: Planning and building law, mining and energy law, atomic law and miscellaneous environmental law*
- *Prof. Christoph Enders: Spatial and specialised planning law, pollution law, and miscellaneous environmental law*
- *Prof. Helmut Goerlich: Planning and building law, conservation law, environmental law and empirical legal research*

Institute of International Law, European Law and Foreign Public Law

See under: Prof. Rudolf Geiger (Chair of Public Law, International Law and European Law)